



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

W/X/132 - 11.6.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Die Absage des Bundesrates	S. 1
Die Warnung des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen	S. 3
Kriegerische Europäer	S. 4
Erfolg der Politik der Stärke?	S. 6

---

## Freiwilligengesetz - am Boden zerstört

FB. Das Freiwilligengesetz, das am Sonnabend vor Pfingsten in geradezu verdächtiger Heirlichkeit dem Bundesrat zugeleitet worden war, hat einen denkbar ungünstigen Start gehabt. Zumal auch jetzt noch bekannt geworden ist, dass bei dem Umlaufverfahren eine Fehl-anzeige von Ministern innerhalb einer kurz gesetzten Frist als "Zustimmung" gewertet worden war, und drei Minister sich überhaupt nicht in Bonn befunden haben. Beim ersten Durchlauf im Bundesrat, am 10. Juni 1955, aber ist dieses Gesetz, um in der sportlichen Terminologie zu bleiben, auf der Aschenbahn gestolpert und auf Strecke liegengelieben.

Das hat man im Bundesrat noch nicht erlebt! Man ist voll zuzustimmen, wenn er feststellt, dass die Bundesregierung "versucht, die Regelung eines Teilproblems ohne Klarheit über die Wehrverfassung als Ganzes und ohne die rechtlichen Möglichkeiten für die Durchführung" zu erreichen. Man kann sich seinen Forderungen voll anschließen, die Bundesregierung möge den Gesetzentwurf vervollständigen, die rechtlichen Voraussetzungen für seine Durchführung schaffen und die Grundsätze der Wehrpolitik bekanntgeben. Es ist auch die Auffassung der SPD - unabhängig von der politischen Grundmeinung, dass es nicht zweckmäßig ist, die Realisierung militärischer Teile der Pariser Verträge durchzupeitschen - dass die Aufstellung deutscher Truppen in die rechtsstaatliche, demokratische und bundesstaatliche Grund-

11.6.1955

ordnung der Bundesrepublik eingefügt werden und insbesondere die parlamentarische Kontrolle über die Streitkräfte sichergestellt sein muß. Und schliesslich kann man voll billigen, dass Soldaten ausschliesslich in der Truppe verwendet und die Verwaltung zivilen Behörden anvertraut werden soll.

#### Vertrauensbruch der Bundesregierung

Dabei ist die Beschlussfassung über die Resolution nur der Teil der Beratungen des Bundesrates, der sich in der Öffentlichkeit abgespielt hat. Noch grösser war die Erregung am Vormittag in den Ausschüssen, als die härtesten Worte gegen die Bundesregierung fielen und nicht wenige Ländervertreter auch der Koalitionsparteien von einem Vertrauensbruch sprachen. Noch am 3. Juni 1955 hatte der Bundeskanzler in einem Brief, als die ersten Schwierigkeiten auf der Bundesratsebene auftauchten, den Ländern versichert, dass das Freiwilligengesetz nichts präjudiziere. Am 6. Juni 1955 aber hatte das Finanzministerium beim Haushaltsausschuss eine Anforderung in Höhe von 82,3 Millionen DM eingebracht, die ganz klar zeigte, was man aus dem Freiwilligengesetz abzuleiten gedenkt. Denn wenn man Mittel für den Aufbau des künftigen Verteidigungsministeriums, für die Gliederung der nachgeordneten Behörden, die Wehrbereichsverwaltung, die Bereichsgebührensstelle, die Standortverwaltungen, die Wehrrersatzbereichs-, Wehrrersatzbezirks- und Wehrrersatzkreisämter, ja sogar für die militärischen Bischofsämter anfordert, dann ist es einfach eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit, zu behaupten, mit diesem Gesetz werde nichts vorweggenommen.

Der Bundeskanzler hat noch vor der Sitzung des Bundesrates versucht, in einem Brief zu verschleiern, was offenkundig zu Tage lag. Er habe, so schrieb er, von dieser Vorlage nicht die geringste Kenntnis gehabt. Er hat damit den Bundesfinanz- und den neuen Bundesverteidigungsminister glatt desavouiert, aber das soll die Koalition unter sich ausmachen. Ausgearbeitet worden aber ist diese Vorlage von der Dienststelle Blank, die am 6. Juni 1955 noch eine nachgeordnete Behörde des Bundeskanzleramtes war. Wie hat der Bundeskanzler nur die Dienstaufsicht über die Dienststelle Blank ausgeübt, wenn ihm von solchen entscheidenden Vorlagen nichts bekannt war?

Die Peinlichkeit für die Bundesregierung vollends offenkundig

werden zu lassen, das gelang dem kommissarischen Bundespressechef Porschbach, der in einer Pressekonferenz nach der Bundesratssitzung glaubte, mit viel "Forschheit" das Dilemma auszubügeln.

#### Unbefriedigende Erklärungen

Was mutet man eigentlich der Öffentlichkeit zu? Ist die Behauptung nicht einfach grotesk, dass die Begründung für diese Millionenanforderung nur beispielhafte Geltung habe, ohne dass irgend etwas präjudiziert werde! Diese Vorlage präjudiziert alles, denn sie enthält detaillierte Stellenanforderungen, die ganz genau zeigen, wie die Bundesregierung sich den Aufbau der Streitkräfte vorstellt, nämlich zentralistisch und ausschliesslich militärisch. Der gleiche kommissarische Pressechef aber hat einige Tage zuvor nach der Rede des Nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, der die weitgehendste Einschaltung des zivilen Elementes beim Aufbau der Streitkräfte verlangte, erklärt, die Bundesregierung stimme voll mit diesen Ausführungen überein.

So kann man mit der Öffentlichkeit nicht umspringen, und so kann man auch nicht den Bundesrat veralbern. Er hat der Bundesregierung die richtige Antwort gegeben. Es bleibt zu hoffen, dass sie die Konsequenz daraus ziehen und ihr unmögliches Freiwilligengesetz neu fassen wird. Die Bundesregierung muss begreifen, sonst muss es ihr auch noch der Bundestag klarmachen, dass es beim ersten Schritt zum Aufbau der Streitkräfte nicht auf das Prestige ankommt, sondern dass das erste Gesetz sauber, klar und in den Grenzen der Rechtsstaatlichkeit gehalten sein muss. Die vom Bundesrat vernichtete Vorlage des Freiwilligengesetzes ist es jedenfalls nicht.

+ + +

#### Die Leistung der Sozialdemokratie

Angesichts der unverantwortlichen Hast, mit der die Bundesregierung ihre Soldatengesetze gegen den Willen der SPD durchpeitschen will, ist es nützlich, an die nachfolgende Feststellung zu erinnern:

"Leicht könnte die Folge sein, dass die Sozialdemokratie jene hauchdünne und oft genug kaum sichtbare Linie überschreiten würde, die den Übergang von der parlamentarischen Opposition zur totalen Opposition, zur Opposition gegen den Staat schlechthin anzeigt. Eben das ist ja die bewundernswerte und dankenswerte Leistung, dass die SPD diese Grenze niemals verletzt hat, obwohl die Schroffheit und Unerbittlichkeit der Auseinandersetzung zwischen den beiden grossen Lagern deutscher Politik eine Panikreaktion zuweilen wenn nicht entschuldigbar aber verständlich gemacht hätte. Es gibt keine deutsche Demokratie gegen die Sozialdemokratie, ohne die Sozialdemokratie."

(Klaus Harpprecht im Sender Freies Berlin)

+ + +

300 000 Flüchtlinge warten auf HilfeVon unserem Genfer Mitarbeiter

Es ist eine alte Erfahrung, dass die humanitäre Praxis der Regierungen - und seien diese noch so "christlich" - den humanitären Parolen gewisser Politiker, die sich an der abendländischen Kultur heiser geredet haben, oft sehr wenig entspricht. Wie tief beschämend doch für die freie Welt des Westens, dass sie zwar gewaltigen Rüstungsanstrengungen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde zustimmte es bis heute aber nicht zuwege brachte, die nötigen Geldmittel aufzubringen, um den rund 300 000 noch unversorgten Flüchtlingen aus der Zeit des National-Sozialismus und des zweiten Weltkrieges, von denen die Mehrzahl in der Bundesrepublik und in Österreich lebt - teilweise sogar noch in Lagern, 10 Jahre nach Kriegsende! - wieder zu einer materiellen Existenzgrundlage zu verhelfen. Wie tief beschämend weiter, dass der Aktionsplan 1955 des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfrage in Genf wegen des Fehlens der nötigen Geldmittel bisher nur zum Teil in Angriff genommen werden konnte, da nur 1,15 Millionen Dollar zur Verfügung standen - eine Summe, die von einem einzigen Land aufgebracht worden ist, einem Lande überdies, das selbst schuldlos unter dem Kriege gelitten hat: Holland!

Wie beschämend schliesslich, dass der UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen, Dr.G.J. van Heuven Goedhart, die Warnung aussprechen musste, er könne seine Arbeit nicht mehr weiterführen, falls ihm die nötigen Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt würden, damit einige Nationen ein Einsehen hatten und ihre Kassen öffneten. Wiederum waren es zunächst nur Kleinstaaten: dem "United Nations Refugee Fund", dessen Exekutivkomité vor kurzem in Genf tagte und das sich mit dem Schicksal der noch übrig bleibenden 300 000 Flüchtlinge befasste, werden die Schweiz rund 120 000 Dollar, Belgien 160 000 Dollar, Norwegen 75 000 Dollar und Dänemark 70 000 Dollar zukommen lassen. Ausserdem wird Präsident Eisenhower im Kongress beantragen, der UN-Flüchtlingshilfe 1,4 Millionen Dollar zu spenden, und weitere Spenden aus England und Frankreich sind in Aussicht gestellt.

Nur unter der Voraussetzung, dass auch die grossen Staaten die versprochene Unterstützung gewähren, werden dann auch die übrigen Teile des Aktionsprogrammes für das Jahr 1955 sowie auch desjenigen für das Jahr 1956 durchgeführt werden können. Für die Flüchtlingshilfe in der Bundesrepublik ist dabei in diesem Jahre ein Betrag von 34 000 Dollar und 1956 ein solcher von 370 000 Dollar vorgesehen, wobei es sich ausschliesslich um Unterstützungen handelt, die den Flüchtlingen eine

dauernde Existenzmöglichkeit schaffen sollen. Aber selbst wenn die Regierungen ihr Wort halten und die Mittel rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, bleibt der Schönheitsfehler - und es ist mehr als ein Schönheitsfehler - bestehen, dass die ersten deutschen Freiwilligen wieder in die Kasernen einrücken werden, bevor die letzten Opfer des Krieges und des National-Sozialismus aus den Lagerbaracken entlassen werden können.

+ + +

### Befreiungskampf statt Koexistenz

-b. Für die deutsche Situation stellt die Neutralität Österreichs einen gefährlichen Präzedenzfall dar, behaupteten die jungen Föderalisten, die aus verschiedenen Ländern in Düsseldorf zu einer "Woche der europäischen Jugend" zusammengekommen waren. Eine Chance des friedlichen Nebeneinanderlebens in dieser Welt gibt es nicht, und selbst wenn es sie gäbe, müsste sie verworfen werden - denn Koexistenz bedeute bedingungslose Kapitulation vor dem Kommunismus, stellten die "Europa-Vertreter" fest.

Um sich nicht mit dieser negativen Feststellung begnügen zu müssen, gingen sie noch einen Schritt weiter. Sie kamen überein, als eine der vordringlichsten Aufgaben die Befreiung ganz Ost-Europas zu fordern. Sie sehen in diesem befreiten und zu einem Gesamtstaat zusammengeschlossenen Europa die einzige Möglichkeit zur Wiedervereinigung Deutschlands. Bis zu diesem Zeitpunkt hat Westdeutschland ausschliesslich Befreiungsaufgaben für ganz Europa mit wahrzunehmen.

Neben der Forderung auf Befreiung stellte man sich selbst die Aufgabe, den europäischen Gedanken neu zu beleben. Um das zu erreichen, soll im Herbst nächsten Jahres in Südfrankreich ein europäischer Volkskongress tagen. Dabei lässt man sich von dem Grundgedanken leiten, dass ein europäisches Bewusstsein Voraussetzung für eine europäische Befreiungs-Bereitschaft ist.

Es waren leidenschaftliche Reden in Düsseldorf, aber es war keine Woche der "europäischen Jugend". Es werden noch mehr leidenschaftliche Reden in Südfrankreich gehalten werden - aber ein "Volks-

kongress" wird es nicht sein.

Wann werden diese jungen Menschen, die sich als Erb-Pächter der europäischen Idee fühlen und möglichst viele Europa-Veranstaltungen durchführen, um sich in den verschiedenen europäischen Ländern möglichst oft wiederzusehen, endlich begreifen, dass man sich in der Welt von heute um die Aufgabe nicht drücken kann, einen Weg zu suchen und zu finden, um die Menschheit von der Angst und der Gefahr eines neuen Krieges zu befreien? Wann werden sie begreifen, dass ein beständiger Frieden Voraussetzung ist für ein Leben in Freiheit und das Ringen um Freiheit?

Wann werden sie überhaupt jemals begreifen, dass Europa nur werden kann, wenn der Krieg als Mittel politischer Auseinandersetzung ausgeschaltet wird?

Ihre Resolutionen geben eine deutliche Antwort. Sie werden und wollen es nicht begreifen. Für Europa und die europäische Idee ist es deshalb gut, dass diese "europäische Bewegung" so klein und unbedeutend ist.

+ + +

#### Getarnte KP - Zeitschrift

In Hamburg wird eine sogenannte "Sozialistische Jugend-Korrespondenz" herausgegeben, die mit dem Untertitel "Informationsdienst für junge Sozialisten" sowie durch Meldungen aus der Arbeit der Jungsozialisten und Falken den Anschein zu erwecken versucht, als handele es sich um eine der SPD nahestehende Publikation.

Bei dem verantwortlichen Herausgeber des Dienstes, Wolfgang Runge aus Hamburg, handelt es sich jedoch um einen Mann, der bereits im September 1952 wegen Betätigung im kommunistischen Sinne aus der SPD ausgeschlossen worden ist. Runge trat vor allem in der kommunistischen Parnorganisation "Sozialistische Aktion" hervor.

Der Stil seiner "Sozialistischen Jugend-Korrespondenz" entspricht genau dem der übrigen kommunistischen Erzeugnisse, die unter dem Namen der "Sozialistischen Aktion" erscheinen.

Die "Sozialistische Jugend-Korrespondenz" ist neben zahlreichen anderen Parn-Publikationen ein weiterer Versuch kommunistischer Infiltration im Jugendsektor.

+ + +

11.6.1955

### Der neue Mythos

- - - - -

sp. Weil der Bundeskanzler so eifrig und konsequent die Bewaffnung Westdeutschlands betreibt, weil er im Rahmen der Pariser Verträge endlich zu den ersehnten zwölf westdeutschen Divisionen gelangen kann, weil er sich als westdeutscher Bundeskanzler zur stärksten Fürsprecher für eine Politik der Stärke innerhalb des Westens entwickelt hat, deshalb wurden die Sowjetrussen knochenweich und überraschen nun die Welt mit Konzessionen und freundlichen Angeboten. So ungefähr ist das Bild, das von den Regierungspropagandisten der westdeutschen Öffentlichkeit gegeben wird, wobei noch der Gedanke anklingt, seht, das wurde bisher erreicht, obwohl die Divisionen noch auf dem Papier stehen, was werden wir erst erreichen, wenn sie dann wirklich vorhanden sind. Ist ein neuer Mythos im Werden? Gewinnt die wahrhaft verhängnisvolle Vorstellung an Boden, man brauche nur einige hunderttausend Deutsche wieder in Uniform zu stecken und schon bekomme es "die östliche Welt" mit der Angst zu tun? Das hiesse die Lehren und die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges gründlich zu verkennen.

Die Auflockerung der Weltpolitik ist kein einseitiger Vorgang und das diplomatische Tauwetter beschränkt sich nicht allein auf den Osten. Der Wunsch nach Frieden, nach Normalisierung der Beziehungen und nach einer internationalen zwischenstaatlichen Ordnung, die mögliche Konflikte auf ein Mindestmass reduziert, ist ebenso stark in der sogenannten freien Welt vorhanden, er zwingt die Regierungen dieser Länder zu neuen Überlegungen. In drei Jahren werden nach übereinstimmenden Urteil aller Experten die Sowjetrussen auch in der Produktion von H- und A - Bomben nachgezogen haben, wird eine Überlegenheit des Westens auf diesem Gebiete nicht mehr bestehen. Schon heute sind die Sowjetrussen in der Beförderung todbringender nuclearer Waffen den Vereinigten Staaten um einige Schritte voraus, d.h. sie können, ohne dass ein einziger Rotarmist die Elbe-Linie zu überschreiten braucht, das Gebiet der USA unter Beschuss nehmen. Eine solche in der Weltgeschichte noch nie vorhandene und die Phantasie beanspruchende Situation nötigt alle Beteiligten zu einer Revision ihrer bisherigen, auf die Vernichtung des möglichen Gegners bedachten Politik. Das Ergebnis eines zukünftigen Krieges wird der Abgrund sein, der alle verschlingt. Welches Volk und welche Regierung, unabhängig von ihrer ideologischen Färbung, hat jedoch Lust und Neigung zum kollektiven Selbstmord? Diese Einsicht liess die Eisenhower-Regierung den Syngman Rhee und den Tschiangkaischek opfern, zwang die Franzosen zur Aufgabe Indochinas und die USA zur Anerkennung des Genfer Kompromisses. Die Profiteure des Kalten Krieges - sie sitzen im Westen und im Osten - mussten über die Klinge springen, ihre ehemaligen Gönner wollten und können ihrerwillen nicht das Risiko der Beibehaltung einer Weltspannung im Atomzeitalter eingehen. Wird Bonn und Pankow, die nur im Klima des Kalten Krieges gedeihen konnten, nicht eines Tages dasselbe Schicksal beschieden sein?

Die Bundesregierung täte jedenfalls gut daran, mehr an die Konsequenzen des Atomzeitalters als an die westdeutschen Divisionen zu denken. Sie in diesem Stadium zu forcieren heisst einen deutschen Beitrag für die Entspannung in der Welt zu verweigern und eine Einigung der Weltmächte auf Kosten Deutschlands herbeizuführen.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler